



Bisher fahren nur wenige Güterzüge pro Tag auf der Südtrasse, die auch durch das Bad Oeynhausener Kurgebiet führt. Bei einem Ausbau der Strecke würde sich das ändern.

»Hinhalte-Taktik bei Südbahn-Ausbauplanung«

Aktionsbündnis bewertet Stellungnahme des Bundesverkehrsministeriums zur Petition als unzureichend

Löhne / Bad Oeynhausen (LZ). Eine erste Stellungnahme des Bundesverkehrsministeriums zur Petition »Löhner Bahn« liegt dem Aktionsbündnis »Bürgerinitiative Transit - für unsere Region« inzwischen vor. Doch der Bundesverkehrsminister gehe auf wesentliche Einwände der Bürger nicht ein, die Zusage des parlamentarischen Staatssekretärs Enak Ferlemann bestätige sich nicht.

Im August 2011 hatte der amtierende parlamentarische Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Enak Ferlemann, während einer Pressekonferenz in Hameln zugesichert, dass der Ausbau der Bahnstrecke Löhne-Hameln-Elze zur Gütertransitstrecke vom Tisch sei. Diese Zusage bestätigt die Stellungnahme des Bundesverkehrsministeriums zur Bürgerpetition nicht. Am 16. Dezember waren Delegierte der »Bürgerinitiative (BI) Transit - für unsere Region« nach Berlin gefahren und hatten dem Petitionsausschuss ihre Bürgerpetition mit 11 782 Unterstützerunterschriften aus der Region übergeben. Darin fordern sie den zügigen viergleisigen Ausbau der Ost-West-Hauptstrecke zwischen Minden und Seelze zur Lösung der Schienenengpässe im Großraum Hannover, der bereits seit 2004 per Bundestagsbeschluss vorgesehen ist. Auf den Ausbau der mitten durch den Naturpark Weserbergland führenden »Löhner Bahn« zur Gütertransitstrecke soll verzichtet werden.

»Dieses fordern nicht nur die Bürger, sondern auch Politik und Verwaltung im Landkreis Hameln-Pyrmont, in Schaumburg und im benachbarten Nordrhein-Westfalen«, sagt Diethard Seemann, Vorsitzender der BI Transit Weserbergland. Gemäß regulärem Ablauf eines Petitionsverfahrens wurde das Bundesverkehrsministerium nun vom Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages um eine Stellungnahme zu den Forderungen und Argumenten der Bürger gebeten. »Auf die wesentlichen Argumente unserer Petition geht der Bundesverkehrsminister nicht ein, sondern versucht, uns mit alt bekannten Standard-Floskeln abzuspeisen. Nach wie vor werden wichtige ökologische, soziale und ökonomische Aspekte ignoriert«, stellt Seemann, fest. »Der für das Bundesverkehrsministerium zuständige Staatssekretär Ferlemann dagegen hatte bereits im August vergangenen Jahres festgestellt, dass die Ausbauempfehlung fehlerhaft sei und der Ausbau der Strecke Elze-Hameln-Löhne bei »genauer Betrachtung« wohl deutlich teurer werde und damit unwirtschaftlich sei. »Die Bahn wird nicht kommen, hatte Ferlemann versprochen«, erinnert sich der Vorsitzende.

»Unser Einwand, dass der zu erwartende Güterschienenverkehr den Straßenverkehr in Hameln erheblich beeinträchtigen wird, wird vom Bundesverkehrsminister mit keiner Silbe angesprochen«, kommentiert Seemanns Hamelner Kollegin Bettina Tovar-Luthin die Stellungnahme aus Berlin. Es sei also nicht zu erwarten, dass Kosten für Verkehrslösungen in einem neuen Gutachten berücksichtigt würden. »Derzeit kann aufgrund des frühen Planungsstandes keine Aussage getroffen werden, welche der beiden möglichen Ausbauoptionen (...) in die weitere Planung aufgenommen wird, laute die Auskunft des Bundesverkehrsministeriums. »Wir fordern klare Transparenz, was die Ausbaupläne betrifft«, betont Seemann. »Was spricht denn wohl dagegen, fehlerhafte Planungen zeitnah zu korrigieren und das Ergebnis auf den Tisch zu legen? Es ist doch ganz offensichtlich, dass die Planung mit Hinhalte-Taktik durchgedrückt werden soll, indem die Katze erst in der letzten Minute aus dem Sack gelassen wird«, meint der Vorsitzende. Tovar-Luthin ergänzt: »Hier soll es weder ein Stuttgart 21Ü noch ein spätes Erwachen á la Landebahn Nordwest am Frankfurter Flughafen geben.« Die Bürgerinitiativen werden ihrerseits eine Stellungnahme zur Einschätzung des Bundesverkehrsministeriums an den Ausschuss senden.

Artikel vom 02.03.2012